

ORDEN

FLUTKATASTROPHE

Ums blaue Band

Der Sturmflut vom 16. Februar soll im Juli eine Ordens-Flut folgen. So wollen es die Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die zum Gedenken an den Katastropheneinsatz die Stiftung einer Medaille am Bande beschlossen haben.

Der Hoffnung dieser beiden Regierungen, alle vier von der Flut betroffenen Küstenländer zur gemeinsamen Ordensstiftung bewegen zu können, steht jedoch die hanseatische Abneigung entgegen, Orden zu verleihen oder anzunehmen: Bremen hat den Orden abgelehnt; Hamburgs Senat ist sich noch nicht schlüssig, ob er dem Bremer Beispiel folgen soll oder der deutschen Sehnsucht nach metallgeprägter Anerkennung.

Dabei war es der Hamburger Innenminister Helmut Schmidt gewesen, der schon bald nach der Flut den Gedanken faßte, alle Katastrophen-Helfer mit einem Orden zu dekorieren.

Während seine Idee bei den Nachbarn in Niedersachsen und Schleswig-Holstein Gefallen fand, besannen sich die Bürger der Hansestadt auf den republikanischen, althamburgischen Stolz vor Fürstenthronen und kritisierten den Vorschlag des im Kriege mehrfach ausgezeichneten ehemaligen Flak-Batteriechefs Schmidt.

So lehnte die Hamburger Berufsfeuerwehr die Annahme einer Medaille ab, weil sie nicht mehr als ihre Pflicht getan habe. Und in der „Hamburger Morgenpost“ krittelte Leserin Renate Schirner: „Gar nicht im Wasser gestanden = Papporden; mit den Füßen im Wasser = Bronzeorden; bis zum Bauch im Wasser = Silberorden; bis zum Hals im Wasser = Goldorden.“

„Um keinen Streit zu bekommen“, hat der Erste Bürgermeister der Hansestadt, Dr. Paul Nevermann, die drei im Landesparlament vertretenen Parteien (SPD, CDU und FDP) um ihre Meinung gebeten, die sich dann auch — „freudigen Herzens nicht“ (CDU-Fraktionssekretär Drews) — für einen Flutorden aussprachen. Die Freidemokraten wollen allerdings nur auswärtige Helfer geehrt sehen. Voraussichtlich am Dienstag nächster Woche wird der Senat endgültig über die Ordensfrage befinden.

Bremens Senat hat inzwischen beschlossen, anstelle von Medaillen eine von Senatspräsident Wilhelm Kaisen signierte „Sturmflut-Chronik“ zu verteilen, die sämtliche Namen der Katastrophen-Helfer aufzählt. Die Staatskanzleien in Hannover und Kiel machen sich dagegen bereits Gedanken über das Aussehen der „Dankmedaille zur Sturmflut“, die dem Kieler Landespresseschef Dr. Onnasch zufolge „in ziemlich großer Zahl“ geprägt werden soll.

Die Vorderseite der Medaille soll mit einem stilisierten Flutsymbol — nach Kieler Vorstellungen beispielsweise mit einer gegen einen Deich rollenden Welle oder einer sich überschlagenden Woge — geschmückt werden, die Kehrseite trägt das Landeswappen und eine Inschrift.

Vorgesehen ist, alle Flut-Helfer ohne Unterschied mit dem einklassigen Orden



Hamburgs Bürgermeister Nevermann
Die Brust ist nicht für Orden da

zu bedenken, der an der „linken oberen Brustseite“ am Bande zu tragen ist. Das Band soll in den Landesfarben gehalten sein. Niedersachsen: rotweiß; Schleswig-Holstein: blaues Band mit rotweißem Randstreifen.

Sollte auch Hamburg — entgegen seiner Tradition — dem Beispiel der Nachbarländer folgen, so möchte Bürgermeister Nevermann den Flutorden am Bande nur an Bundeswehr, ausländische Streitkräfte und auswärtige Hilfskolonnen verteilen lassen. Alle Hamburger Katastrophen-Helfer sollen entweder ein Gedenkbuch oder eine Plakette bekommen, die sie unter Glas an die Wand, nicht aber an die Brust hängen können.

Erläutert Nevermann: „Bei uns im Stadtstaat ist es eben anders, da müßten sich die Senatoren ja selbst den Orden anhängen.“

GEMEINDEN

GEMEINSCHAFTSSCHULE

Kindgemäß

Mit dem missionarischen Eifer und der absoluten Mehrheit, kraft derer die CDU-Fraktion des Bonner Stadtrats die Karl-Marx-Straße in Maxstraße umbaut, haben die christdemokratischen Stadtväter einen weiteren Stein des Anstoßes buchstäblich zerstückelt: die Carl-Schurz-Schule im Stadtteil Tannenbusch, eine der zwei Bonner Gemeinschaftsschulen, in denen katholische und evangelische Kinder — außer in Religion — gemeinsam unterrichtet werden.

Im Jahre 1955, als immer mehr evangelische Bundesbeamte die Tannenbusch-Siedlung bevölkerten, wurde neben der katholischen Paulus-Bekenntnisschule eine christliche Gemeinschaftsschule gegründet und auf den Namen des badi-

schen Revolutionärs und späteren amerikanischen Ministers Carl Schurz getauft. Die Klassenzimmer der beiden Schulen, die gemeinsam in einem Gebäude-Komplex untergebracht wurden, reichten allmählich nicht mehr aus, weswegen die Stadt Bonn im Jahre 1961 mit dem Bau eines neuen Schulhauses an der Stettiner Straße im Tannenbusch begann.

Neben der katholischen Paulus-Schule mit 14 Klassen und der konfessionell gemischten Carl-Schurz-Schule (zehn Klassen) konstituierte sich nun überraschend eine dritte Einrichtung, eine evangelische Bekenntnisschule, die ihren Lehrbetrieb nach Ostern mit vier Klassen aufnahm.

Es galt diese drei Schulen zweckmäßig in zwei Gebäuden — dem alten und dem neuen — unterzubringen. Der Bonner Professor Dr. Erben, dessen Kind die Gemeinschaftsschule besucht, argumentierte in der örtlichen Presse: „Aus Gründen der Zweckmäßigkeit wird man... dem größten System (Paulus-Schule), jedoch auch dem zweitgrößten (Gemeinschaftsschule), je ein Gebäude zuweisen. Dann aber wird man das kleinste und neu hinzukommende System (evangelische Schule) entweder zusammen mit dem zweitgrößten unterzubringen oder räumlich aufzuteilen haben.“

Bonns Stadtrat jedoch entschied anders. In einer nächtlichen Sitzung am 21. Dezember letzten Jahres, aus der SPD, FDP und „Bonner Bürgergemeinschaft“ ausgezogen waren, beschloß er mit den Stimmen der CDU nicht nur, aus der Karl-Marx-Straße eine Maxstraße zu machen, sondern auch, die Schulgebäude im Tannenbusch nach CDU-Gusto zu verteilen.

Die evangelische Kleinschule erhält den Neubau, die größere Gemeinschaftsschule wird aufgeteilt. Rektorat, Lehrerzimmer und einige Klassenräume bleiben im bisherigen Gebäude, in dem sich die katholische Paulus-Schule dann ausdehnen kann. Das Gros der Klassen aber wird gastweise in die neue evangelische Schule verlegt, ein gutes Stück Wegs entfernt.

Im Januar formierte sich die Elternschaft der Gemeinschaftsschule zum Protest. Mehr als hundert Versammlungsteilnehmer verlangten (bei drei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen), daß der Dezember-Beschluß des Stadtrates umgestoßen, die Carl-Schurz-Schule als Ganzes bewahrt und im Neubau einquartiert werde. In einer Februar-Sitzung des Stadtparlaments wollten SPD und FDP — wie bei der Umtaufe der Karl-Marx-Straße — durch neue Anträge den einsamen CDU-Beschluß vom Dezember revidieren.

Der SPD-Sprecher Ackermann klagte: „Die Gemeinschaftsschule ist ein Stiefkind unserer Stadt. Aber auch Stiefkinder brauchen, um gedeihen zu können, Liebe!“ Der CDU-Stadtverordnete von Arnim dagegen nannte die Aufteilung der Gemeinschaftsschule die „kindgemäßeste Lösung“.

Dann stimmte die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit wiederum für die Zer- und Verlegung der Gemeinschaftsschule; SPD, FDP und Bürgergemeinschaft waren einmütig dagegen.

Die Eltern der Carl-Schurz-Gemeinschaftsschüler haben sich jetzt beim